



## Windenergie ist Rückrat der Energiewende

Windenergie ist Rückrat der Energiewende <br /><br />Altmaier eröffnet Messe Husum WindEnergy 2012 <br />Bundesumweltminister Peter Altmaier hat die Rolle der Windenergie für das Gelingen der Energiewende in Deutschland betont. "In Deutschland ist die Windenergie das Rückgrat der Energiewende. Sie liefert den größten Anteil des erneuerbaren Stroms und sie liefert ihn zu vergleichsweise günstigen Kosten. Weltweit wächst die Branche dynamisch und ihre technologische Entwicklung ist rasant", sagte der Bundesumweltminister zur Messe Husum WindEnergy, der weltweit bedeutendsten Messe der Branche. <br />Innerhalb von nur vier Jahren hat sich die weltweite Kapazität zur Erzeugung von Windstrom verdoppelt. In Deutschland wurden im letzten Jahr fast 50 Milliarden Kilowattstunden Windstrom in die Netze eingespeist. Das entspricht einem Anteil von über acht Prozent an der gesamten deutschen Stromerzeugung. Bei der Windenergie an Land ist eine Verstärkung des Ausbaus im ersten Halbjahr 2012 zu verzeichnen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine kalkulierbare und nachhaltige Entwicklung. Altmaier bekräftigte, dass die Windenergie bis zum Jahr 2050 rund die Hälfte der deutschen Stromversorgung decken soll. <br />Der Offshore-Windenergie bescheinigte Altmaier "gewaltige Zukunftspotenziale", insbesondere angesichts der ersten Erfahrungen mit dem Testwindpark alpha ventus. "Die Auslastung liegt um mehr als ein Drittel über den ursprünglichen Erwartungen. Das eine unerwartete Zuverlässigkeit und Kontinuität der Stromerzeugung, beinahe schon grundlastfähig", so Altmaier. <br />Wesentliches Hemmnis für den weiteren Ausbau der Windstromerzeugung auf dem Meer stellen derzeit verzögerte Netzanschlüsse und die damit einhergehenden Verunsicherungen im Markt dar. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung im August dieses Jahres eine Regelung zur Entschädigung vorgelegt für den Fall, dass der Anschluss von Windparks unterbrochen wird oder sich verzögert. Das Inkrafttreten der Regelung ist für den 1. Januar 2013 geplant. Daneben ist die Einführung eines verbindlichen Offshore-Netzentwicklungsplans vorgesehen, durch den eine kohärente und effiziente Netzausbauplanung erreicht wird. "Die Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Jetzt sind die Übertragungsnetzbetreiber gefordert, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen", betonte Altmaier. <br />Der Bundesumweltminister bekräftigte die Notwendigkeit, für den weiteren dynamischen Ausbau der Windenergie nachhaltige und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Er sprach sich für mehr Koordination zwischen dem Bund und den Ländern sowie vor allem zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netze aus. "Wir müssen Rücksicht nehmen auf das, was an Strommengen transportabel ist, wir brauchen eine einzige große Energiewende und nicht 16 kleine, und vor allem: wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und besser einbinden. Die breite Zustimmung zur Energiewende eröffnet uns eine Riesenchance. Die Energiewende ist das große Projekt unserer Generation, vergleichbar mit dem Wiederaufbau nach dem Kriege", sagte Altmaier. <br /><br />Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)<br />Alexanderplatz 6<br />10178 Berlin<br />Deutschland<br />Telefon: 0 1888 305-0<br />Telefax: 0 1888305-2016<br />Mail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)<br />URL: <http://www.bmu.de> <br /><br />

### Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10178 Berlin

[bmu.de](http://bmu.de)  
[presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10178 Berlin

[bmu.de](http://bmu.de)  
[presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.